

Aufruf zur Annahme eines Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention über das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt

An die Minister für auswärtige Angelegenheiten und die Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten beim Europarat

15 März 2024

Exzellenzen,

Wir, Organisationen der Zivilgesellschaft, soziale Bewegungen [und Organisationen indigener Völker], die dieses Schreiben unterzeichnen, fordern die rasche Anerkennung des Menschenrechts auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt durch ein Zusatzprotokoll zur Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Diese Forderung spiegelt eine Kernpriorität für Kinder, Jugendliche und viele andere Gruppen auf dem gesamten Kontinent wider und wird von einer breiten Koalition von Organisationen [die sich für Menschenrechte, Umweltschutz, Gleichstellung der Geschlechter, soziale Eingliederung sowie Gewerkschaften und Glaubensgemeinschaften einsetzen] unterstützt.

Die negativen Auswirkungen der dreifachen planetarischen Krise - Klimawandel, Umweltverschmutzung und Verlust der biologischen Vielfalt - sind für alle Menschen in den Mitgliedstaaten des Europarates spürbar. Auf dem gesamten Kontinent sterben jedes Jahr mehr als 300.000 Menschen vorzeitig an den Folgen der Luftverschmutzung. Die sich beschleunigende Klimakrise führt zu noch nie dagewesenen Hitzewellen, anhaltenden Dürren, wiederholten Überschwemmungen, dem Anstieg des Meeresspiegels und verheerenden Waldbränden, die Gemeinden und Ökosysteme verwüsten. Vom Mittelmeer bis zum Polarkreis brechen ganze Ökosysteme zusammen, und die Gemeinschaften leiden unter den Folgen des unumkehrbaren Verlusts der biologischen Vielfalt, der die Versorgung mit sauberem Trinkwasser beeinträchtigt, zu schlechter Luftqualität beiträgt, die Ernährungssicherheit bedroht, die Widerstandsfähigkeit der Gemeinschaften schwächt und kulturelle Praktiken auslöscht. Infolgedessen wachsen die jüngeren Generationen mit neuen Formen von Ängsten auf. Diese Krisen verschärfen die bestehenden Ungleichheiten und beeinträchtigen am stärksten die Menschenrechte derjenigen, die sich bereits in einer marginalisierten Situation befinden.

In zweiundvierzig der sechsundvierzig Mitgliedstaaten des Europarates ist das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt bereits durch nationale Verfassungen, Gesetze, Gerichtsentscheidungen oder als Vertragspartei des Aarhus-Übereinkommens geschützt. Das Ausmaß der Schäden für die Menschen in Europa und die Bedeutung eines einheitlichen Ansatzes bei der Auslegung und Umsetzung des Rechts auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt machen es für den Europarat dringend erforderlich, entscheidende Schritte zur Annahme eines verbindlichen Rechtsrahmens zu unternehmen, der das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt anerkennt und schützt.

Die Verabschiedung eines Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention wäre die schlagkräftigste und wirkungsvollste menschenrechtsbasierte Antwort auf die Umweltkrise. Sie würde eine Lücke im Menschenrechtsschutz schließen, zu einer Klärung der erforderlichen politischen Maßnahmen führen und die Rechenschaftspflicht fördern, die für den Schutz heutiger und künftiger Generationen unerlässlich ist. Sie würde den rechtlichen Schutz des Rechts auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt in ganz Europa verstärken und konsolidieren und so die Wahrnehmung aller Menschenrechte weiter gewährleisten. Außerdem würde sie den Regierungen auf dem Kontinent zusätzliche Rechtsnormen an die Hand geben, um ihre Politik gegen Übergriffe und missbräuchliche Klagen von Unternehmen zu verteidigen.

Das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt ist von internationalen und regionalen Gremien anerkannt worden. Der UN-Menschenrechtsrat hat dieses Recht im [Oktober 2021 in einer Resolution](#) anerkannt, und die [UN-Generalversammlung folgte diesem Beispiel im Juli 2022](#). Bezeichnenderweise stimmte jeder einzelne Mitgliedstaat des Europarats für die Resolution der UN-Generalversammlung. Auf dem Gipfeltreffen des Europarates in Reykjavik verpflichteten sich alle Staats- und Regierungschefs der 46 Mitglieder des Europarates, "ihre Arbeit im Europarat zu den Menschenrechtsaspekten der Umwelt auf der Grundlage der politischen Anerkennung des Rechts auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt als Menschenrecht zu verstärken". Dieses Menschenrecht wird auch in den wichtigsten Menschenrechtsverträgen anderer Regionen anerkannt, insbesondere in der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker sowie im Zusatzprotokoll zur Amerikanischen Menschenrechtskonvention von 1988.

Angesichts der wachsenden regionalen und globalen Anerkennung dieses Rechts sind wir überzeugt, dass ein Zusatzprotokoll die bestehenden Verpflichtungen zur Achtung, zum Schutz und zur Erfüllung des Menschenrechts auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt verstärken würde. Das Protokoll würde auch zu weiteren und fortschrittlicheren gesetzlichen und politischen Standards anregen. Es würde diejenigen Mitgliedstaaten des Europarates, die das Recht noch nicht rechtlich anerkannt haben, dazu ermutigen, seine Anerkennung zu bekräftigen und eine gerechte, gemeinsame Verantwortung der Staaten für den Schutz einer gesunden Umwelt zu fördern.

Die dreifache Planetenkrise und die zunehmenden Auswirkungen der Umweltzerstörung auf die Menschenrechte haben zu einer Zunahme der diesbezüglichen Fälle vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte geführt, ein Trend, der sich voraussichtlich fortsetzen wird. Zwar hat der Gerichtshof bereits die Verpflichtung der Staaten zum Schutz bestehender Menschenrechte - wie dem Recht auf Leben (Artikel 2) und dem Recht auf Privat- und Familienleben (Artikel 8) - vor Umweltgefahren bekräftigt und damit eine wachsende Rechtsprechung im Bereich der Umweltmenschenrechte geschaffen¹, doch würde ein Zusatzprotokoll die Rechtsprechung des Gerichtshofs konsolidieren und kohärenter machen und zu mehr Rechtssicherheit beitragen.

Der ausdrückliche Schutz des Rechts auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt im Rahmen der Europäischen Menschenrechtskonvention würde die positiven Verpflichtungen der Staaten zur Durchführung von Schutzmaßnahmen und -politiken verdeutlichen. Dies würde dazu beitragen, Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, die den Genuss anderer Rechte beeinträchtigen. Dazu gehören nicht nur die in der Konvention enthaltenen Rechte auf Leben, auf Privat- und Familienleben und das Verbot grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung, sondern auch andere Rechte wie Gesundheit, Nahrung, Wasser und Kultur. Der Schutz dieses Rechts ist besonders wichtig

¹ Siehe zum Beispiel, [Manual On Human Rights And The Environment](#) (3. Auflage), Europarat, Februar 2022.

für diejenigen, die am stärksten von Umweltschäden bedroht sind, wie Kinder, junge Menschen, Frauen, indigene Völker, nationale Minderheiten, in Armut lebende Menschen, Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen, Flüchtlinge und Migranten, Vertriebene und andere unverhältnismäßig stark betroffene Gruppen.

Die Anerkennung dieses übergreifenden Rechts würde den bestehenden Rechtsrahmen ergänzen und verstärken und die grundlegende Bedeutung einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt für alle Aspekte der Menschenwürde, Gleichheit und Freiheit bekräftigen. Im Einklang mit dem subsidiären Charakter des Schutzsystems der Konvention würde es dem Gerichtshof ermöglichen, seine derzeitige Rechtsprechung im Umweltbereich beizubehalten und gleichzeitig eine zusätzliche Rechtsgrundlage in Fällen zu schaffen, die Staaten betreffen, die das Zusatzprotokoll ratifizieren.

Im Rahmen eines rechtsverbindlichen Protokolls würde der Schutz des Rechts auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene ein deutliches Zeichen setzen und das Engagement der Mitgliedstaaten für die Bewältigung der dreifachen planetarischen Krise demonstrieren und bekräftigen. Es wäre auch ein unmissverständliches Zeichen der Solidarität für Umwelt- und Menschenrechtsaktivisten, die derzeit einen hohen Preis für ihren Einsatz zahlen.

Angesichts der beispiellosen Krisen ist es an der Zeit, dass der Europarat sein Mandat zur Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in allen Mitgliedstaaten erfüllt und bekräftigt, indem er das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt durch die Annahme eines Protokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention anerkennt und schützt.

Organisatorische Unterstützung:

- 1 a tip: tap e.V.
- 2 Action Jeunesse pour le Développement (AJED)
- 3 Action4Justice UK
- 4 Albanian Values (ALVA)
- 5 All Together in Dignity to overcome poverty (ATD Fourth World)
- 6 Alliance for Cancer Prevention
- 7 Alliance Santé Planétaire
- 8 Almatira & Partners
- 9 Amnesty International
- 10 Anti-Slavery International
- 11 Apdhe Asociación pro derechos humanos de España
- 12 Armenian Forests Environmental NGO
- 13 Article 19
- 14 ÄrztInnen für eine gesunde Umwelt
- 15 Asociación Mujeres con Voz

- 16 Asociación para la Justicia Ambiental
- 17 Asociación Pro Derechos Humanos de España (APDHE)
- 18 Associação de Estudos, Cooperação e Desenvolvimento (EOS)
- 19 Association des Femmes de l'Europe Méridionale (AFEM)
- 20 Association des Femmes pour le Développement Durable (AFDD)
- 21 Association for Research on Treatment against Cancer (ARTAC)
- 22 Association for the Sustainability of the Earth System (ZERO)
- 23 Association Ipoma
- 24 Association SOS MCS (Sensibilité Chimique Multiple)
- 25 Associazione italiana del Patto per il Clima (EuClipa.it)
- 26 Aurora
- 27 Bankwatch Romania
- 28 Biodiversity Action Europe
- 29 BirdLife Estonia
- 30 Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V.
- 31 Bloom Association
- 32 BlueLink Foundation
- 33 Building and Wood Workers' International (BWI)
- 34 Campaign for Freedom of Information
- 35 Campax
- 36 Cantine sans plastique france
- 37 CEE Bankwatch Network
- 38 Center for Environment (FoE Bosnia and Herzegovina)
- 39 Center for Environmental Democracy - Florozon
- 40 Center for environmental research and information (Eko-svest)
- 41 Center for International Environmental Law (CIEL)
- 42 Centre d'Estudis de Dret Ambiental de Tarragona (CEDAT)
- 43 Centro de Asesoría y Estudios Sociales (CAES)
- 44 Changing Markets Foundation
- 45 ChemSec
- 46 Child Rights Information Center
- 47 Child Rights International Network (CRIN)
- 48 Civicus
- 49 Clean Air Action Group

- 50 ClientEarth
- 51 Climate Cares Centre, Imperial College London
- 52 Climate Change and Law Network for Researchers (CLIMALEX)
- 53 Climate Justice For Rosa
- 54 Climate Rights International
- 55 Coalition for an International Court for the Environment (ICE)
- 56 Committee on the Administration of Justice (CAJ) Northern Ireland
- 57 Coopération Internationale pour le Développement et la Solidarité (CIDSE)
- 58 Corporate Europe Observatory
- 59 Cresol Associació
- 60 Deutsche KlimaStiftung / German Climate Foundation
- 61 Deutsche Umwelthilfe
- 62 Diritto Diretto
- 63 Doctors of the World - Médecins du Monde
- 64 Eco-Accord
- 65 Ecodes
- 66 EcoLur Informational
- 67 Eden Center
- 68 Eko-Zadar
- 69 Ekologi brez meja
- 70 Energies2050
- 71 Environmental Coalition on Standards (ECOS)
- 72 Environmental Investigation Agency
- 73 Environmental Justice Network Ireland
- 74 Environmental Rights Centre for Scotland
- 75 Environmental Rights Recognition Project/ King's College Legal Clinic
- 76 Estonian Environmental Law Center
- 77 Eurochild
- 78 European Cancer and Environment Research Institute (ECERI)
- 79 European Confederation of Youth Clubs (ECYC)
- 80 European Environmental Bureau
- 81 European Environmental Bureau (EEB)
- 82 European Lawyers Union (UAE)
- 83 European Network for community-led initiatives on climate change and sustainability (ECOLISE)

- 84 European Network for Environmental Medicine
- 85 European Network of Ombudspersons for Children (ENOC)
- 86 European Organisation of Military Associations and Trade Unions (EUROMIL)
- 87 European Parent's Association (EPA)
- 88 European Students' Union
- 89 European Water Movement
- 90 Everyday Plastic
- 91 Exeter Centre for Environmental Law
- 92 Faith for the Climate
- 93 Fédération Internationale des Jardins Familiaux
- 94 Federation of Young European Greens
- 95 Fondation Eboko
- 96 Food First Information and Action Network Germany (FIAN)
- 97 Fossilvrij NL
- 98 Foundation Atelier for Community Transformation (ACT)
- 99 France Nature Environnement
- 100 Franciscans International
- 101 Free Legal Advice Centres
- 102 Fundación Sustenta
- 103 Gaialux asbl
- 104 Gallifrey Foundation
- 105 Générations Futures
- 106 Global Human Rights Group
- 107 Global Initiative for Economic, Social and Cultural Rights
- 108 Global Pact Coalition - Green Rights Coalition
- 109 Global Youth Biodiversity Network Europe (GYBN)
- 110 Governance and Human Rights Research Group
- 111 Green Armenia
- 112 Green Legal Impact Germany e.V.
- 113 Green Team
- 114 Greenpeace
- 115 Health and Environment Justice Support (HEJSupport)
- 116 Health Care Without Harm Europe
- 117 Helsinki Citizens Assembly Banja Luka

- 118 Human Development Research Initiative
- 119 Human Right House Banja Luka
- 120 Human Rights Association Turkey
- 121 Human Rights House Foundation (HRHF)
- 122 Humusz Szövetség
- 123 Icatalist
- 124 Iceland Nature Conservation Association
- 125 Independent Institute for Environmental Issues
- 126 Initiative Earth
- 127 Innovea Development Foundation
- 128 Institute for Agriculture and Trade Policy
- 129 Institute for the sustainable development of indigenous Lenca women of Honduras (IDESMULH)
- 130 Instituto Internacional de Derecho y Medio Ambiente
- 131 Internacional Council of Jewish Women (ICJW)
- 132 International Association of River Keepers (Eco-Tiras)
- 133 International Charitable Organization Environment – People - Law (EPL)
- 134 International Commission of Jurists
- 135 International Council of Jewish Women
- 136 International Federation for Human Rights (FIDH)
- 137 International Federation of Action by Christians for the Abolition of Torture (FIACAT)
- 138 International Freedom of Expression Exchange (IFEX)
- 139 International Partnership for Human Rights
- 140 International Service for Human Rights
- 141 International Society of Doctors for Environment (ISDE)
- 142 International Work Group for Indigenous Affairs (IWGIA)
- 143 International Youth Health Organization
- 144 Irish Council for Civil Liberties
- 145 Italian Climate Network
- 146 Journalistes for Human Rights in North Macedonia
- 147 Just Fair
- 148 Just Planet
- 149 Klima-Allianz Schweiz / Alliance Climatique Suisse
- 150 Knowledgepanel
- 151 Kolping International

- 152 L'Association européenne des Cheminots
- 153 Law and Wildlife
- 154 Le Laboratoire d'Océanographie et du Climat: Expérimentations et Approches Numériques IPSL
- 155 Leave it in the Ground Initiative (LINGO)
- 156 Legal Center for the Protection of Human Rights and the Environment (PIC)
- 157 Liga voor de Rechten van de Mens (Netherlands League for Human Rights)
- 158 Ligue des droits de l'Homme France (LDH)
- 159 Ligue des droits humains Belgique
- 160 Low Carbon Economy Foundation
- 161 Milieudefensie/ Friends of the Earth NL
- 162 Minority Rights Group International
- 163 Naturefriends Greece
- 164 Naturvernforbundet
- 165 Next Energy Consumer
- 166 No Plastic In My Sea
- 167 Norwegian forum for Development and Environment
- 168 Norwegian Helsinki Committee
- 169 Notre Affaire A Tous
- 170 Nourish Scotland
- 171 Oil Change International
- 172 Ökotárs-Hungarian Environmental Partnership Foundation
- 173 One Ocean Hub
- 174 Ośrodek Działań Ekologicznych "Źródła"
- 175 People in Need
- 176 Pesticide Action Network Netherlands
- 177 Plastic Change
- 178 Plataforma de Infancia
- 179 Plataforma Portuguesa para os Direitos das Mulheres - Portuguese Platform for Women's Rights
- 180 Polish Zero Waste Association
- 181 Quaker Council for European Affairs
- 182 Reclame Fossielvrij
- 183 Restor
- 184 Right To Know CLG
- 185 Scientists for Future Netherlands

- 186 Seas At Risk
- 187 Service Civil International ivzw (SCI)
- 188 Social Tipping Point Coalitie
- 189 Soka Gakkai International
- 190 Spanish Ornithological Society (SEO)/BirdLife
- 191 Stamp Out Poverty
- 192 Surfrider Foundation Europe
- 193 Sweden's Environmental Association of Law
- 194 Terra-1530
- 195 Thames Blue Green Economy
- 196 The European Law Students' Association (ELSA)
- 197 The Gaia Foundation
- 198 The Interfaith Center for Sustainable Development
- 199 The Kent Environment & Community Network
- 200 The Organization for Poverty Alleviation and Development (OPAD)
- 201 Union Professionnelle Internationale des Gynécologues et Obstétriciens
- 202 University Women of Europe (UWE)
- 203 Uplift
- 204 Volonteurope
- 205 Water Integrity Network e.V.
- 206 Wildlife and Countryside Link
- 207 Women Engage for a Common Future
- 208 Women's Environmental Network (Wen)
- 209 World Environmental Education Congress (WEEC Network)
- 210 World Future Council
- 211 World Organization of the Scout Movement
- 212 World's Youth for Climate Justice
- 213 Youth and Environment Europe
- 214 Youth4Nature
- 215 Zelena akcija / FoE Croatia
- 216 Zero Waste Kiel e.V.
- 217 Zero Waste Society